

Einmal wöch. Bezugspreis für August 3.00 M. einschl. Postgebühren. Einzelhefte 20 P. Die Druckerei...  
Verlag: S. Hillebrand in Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unbest. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verlebene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunden der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

# Sächsisches Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Altstadt 1, Boltesstraße 17. Remitt. 2011  
und 2102.

## Die österreichische Volksschule gerettet

Von unserem 3g.-Vertreter.

Wien, 15. August

Wie ich in der Nr. 140 dieser Zeitung am 26. Juni auszuführen Gelegenheit hatte, war in Oesterreich ein schwerer Kampf um die Volksschule entbrannt, der in seiner ersten Phase mit dem Sturz des Unterrichtsministers Dr. Schneider endete. Um die am 30. Juli durch Erlass des neuen Unterrichtsministers Dr. Rintelen definitive Regelung des Volksschulwesens versehen zu können, sei kurz noch einmal die diesbezügliche Entwicklungsgeschichte skizziert.

Im sozialistischen Ministerium Dr. Renner war der gewesene Unterlehrer Glöckel Unterstaatssekretär für das Unterrichtswesen. Er erließ 1920 einen provisorischen Lehrplan, der durch fünf Jahre erprobt werden sollte und im wesentlichen darin bestand, daß an Stelle des gefächerten Unterrichts der Gesamtunterricht ohne leistungsschriebene Klassenziele trat. Der Lehrstoff sollte zudem den Kindern „spielen“ beigebracht werden, d. h. das Kind sollte ihn durch Basteln, Ausläge, Diskussionen selbst erarbeiten. Der Unterricht wurde ganz auf materialistische Grundlagen gestellt, der Religionsunterricht war zwar noch gestattet, im übrigen aber wurde jede Andeutung an Gott, Kirche, ja religiöse Dinge überhaupt peinlichst vermieden, wenn nicht gegenteilige Anschauungen in den Gesamtunterricht eingestreut, so daß die Bemühungen der Religionslehrer dadurch vielfach illusorisch wurden. Für das Schuljahr 1925/26 mußte dieser Lehrplan, der sich als völlig untauglich erwies und insbesondere von reichsdeutschen Studienkommissionen verworfen wurde, verlängert werden, da eine definitive Regelung noch nicht möglich erschien. Die Verheerungen, die dieser Lehrplan insbesondere in Wien, wo die Lehrerschaft von Glöckel, der nach der kurzen Ministerperiode Präsident des Stadtschulrates geworden war, abging, waren ungeheuer. Die Lehrersfolge waren völlig ungenügend, so daß die Mittelschulen vielfach Vorbereitungsklassen errichten mußten, da ohne diese ein Uebertritt von der Volksschule in die Mittelschule geradezu unmöglich wurde. Da mit jenem Provisorium kein längeres Auskommen zu finden war, mußte an die definitive Regelung des Volksschulplanes geschritten werden. Außer der Glöckelschen Reform-Arbeitschule waren auch noch andere Lehrpläne in Erprobung, am besten bewährte sich der des niederösterreichischen Landes Schulrates, der nach jeder Richtung hin einwandfrei war. Diesen hatte der Unterrichtsminister in seinen wesentlichen Punkten unverändert mit Erlass vom 19. Mai in Kraft gesetzt.

Der Glöckel-Lehrplan war gefallen, das rief alle Sozialdemokraten auf den Plan, die gegen den neuen Schülerlaß Sturm liefen und Scholastik anhängigten, wenn er nicht abgeändert würde. Ohne Wissen der Regierung und der beiden Regierungsparteien trat Bundesminister Dr. Schneider mit den Sozialdemokraten in Verhandlungen ein, die ein Kompromiß zugute förderten, das den Sozialdemokraten genehm erschien, nicht aber der noch katholisch bewußten Bevölkerung, die nun ihrerseits zum Sturm blies. Dieses verhängnisvolle Abkommen fand weder die Genehmigung des Bundeskanzlers noch die der christlichsozialen Parteileitung. Unterrichtsminister Dr. Schneider mußte gehen, und an seine Stelle trat der steirische Landesoberhauptmann Universitätsprofessor Dr. Rintelen, der im Einverständnis mit der christlichsozialen Partei die Verordnung vom 19. Mai suspendierte und in neuerliche Verhandlungen mit allen Parteien eintrat. Diese führten zu keiner vollständigen Einigung; die Sozialdemokraten konnten es nicht verwinden, daß ihr Lehrplan nach sechsjähriger Probe fallen gelassen werden sollte. Auf Grund der in den von Minister Dr. Rintelen äußerst geschickt geführten Verhandlungen erzielten Uebereinstimmungen, war es ihm möglich bereits am 30. Juli einen Schülerlaß herauszugeben, der sich die gemachten Erfahrungen mit den Probelehrplänen zunutze macht und vor allem mit der Methodik des Gesamt- und Arbeitsunterrichtes bricht und die sittlich-religiöse wie volkliche Erziehung gewährleistet. In den ersten zwei Schulklassen kann sich die Lehrperson den Unterricht nach ihrem Gutdünken als Gesamt- oder gefächerten Unterricht einrichten, jedoch stets unter Berücksichtigung scharf umgrenzter Klassenziele und Lehraufgaben. In der dritten Klasse muß auf jeden Fall zum gefächerten Unterricht übergegangen werden, der von der vierten Klasse ab im vollen Umfang Pflicht ist. Von nicht geringerer Wichtigkeit ist es, daß nur Lehrbücher verwendet werden dürfen, die vom Unterrichtsministerium approbiert sind. Wien hatte in dieser Beziehung getan, was ihm beliebte, und Lehrbücher einaeführt, in denen das Wort Gott völlig fehlte.

## Das Vorbispiel zur Septembertagung

Tagung des Verfassungskomitees des Völkerbundes am 30. August

London, 16. August.

Die Verfassungskommission des Völkerbundes, die die Vorbereitungen für die Herbsttagung treffen soll, tritt wahrscheinlich erst am 20. August zusammen. Wie der „Observer“ heute schreibt, stehe der Plan Lord Cecil, die Sitz des Völkerbundesrates in drei Kategorien einzuteilen, noch immer an erster Stelle. Das Blatt weist darauf hin, daß sich von den drei Mächten, die diesen Plan seinerzeit nicht angenommen hatten, Brasilien zurückgezogen habe, während Spanien und Polen Vorschläge in ihrem Sinne ausarbeiteten. Wiederholte sich das Risiko vom Monat März, so werde die ganze Politik des europäischen Friedens und der Konföderation, die in Locarno triumphiert habe, einen schweren, nicht wieder gutzumachenden Rückschlag erleiden. Bedenklich sei die Frage der Rheinlandbesetzung, weil ihre Behandlung entscheidend sei für die Stimmung, in der Deutschland sich an das Völkerbundsproblem heranzumachen werde. Die Fortdauer der Besetzung sei unvereinbar sowohl mit Locarno, als auch mit Deutschlands Zugehörigkeit zum Völkerbundsrat.

In anderer Stelle beschäftigt sich der diplomatische Korrespondent des Blattes mit den Aussichten für die Herbsttagung und betont, daß die Lage trotz der großen diplomatischen Aktivität der letzten Zeit noch immer sehr delikat sei. Trotz der Arbeit des Verfassungskomitees hätten einige Mächte ihre Ansprüche auf ständige Ratifizierung nicht aufgegeben. Es sei ungewiß, ob Spanien für ein Kompromiß auf der Grundlage der Vorschläge des Verfassungskomitees zu gewinnen sein werde.

Sichtlich des Religionsunterrichtes wurde bestimmt, daß daran nicht gerüttelt werden dürfe, er muß im vollen Umfang wie bisher erteilt werden. Von Bedeutung ist es auch, daß im Rahmen des neuen Lehrplanes auch die Pflege des Kirchenliedes vorgesehen ist, allerdings unter der Bedachtnahme der konfessionellen Gliederung jeder einzelnen Klasse. So, daß man also zum Beispiel Marienlieder in einer stark protestantisch oder jüdisch gemischten Klasse zu unterlassen hat. In jedem einzelnen Falle entscheidet der Lehrer. In letzter Zeit hatte man das Kirchenlied aus der Schule ganz verbannt.

Als Ziel stellt der neue Lehrplan folgendes fest: „Der Lehrplan hat im Rahmen der Verfassungsgesetze den im § 1 des Reichsvolksschulgesetzes vorgezeichneten Erziehungs- und Bildungszielen zu dienen und einen Unterricht zu sichern, der durch sein Bildungsgut und seine Methoden geeignet ist, die Kinder in ihrer Eigenart zu erheben, ihre geistigen, sittlichen und körperlichen Kräfte auszubilden und sie zu sicheren Können und zum Handeln im Geiste sozialer, staatsbürgerlicher, völkischer und sittlich-religiöser Erziehung hinzuleiten, damit sie dereinst charakterfeste, tüchtige Menschen werden, die freudig ihre Pflicht erfüllen und sich zum Wohle der Gemeinschaften, denen sie angehören, namentlich zum Wohle von Volk und Vaterland betätigen.“ Mit dieser Definition des Schulzieles ist zweifellos ein Schritt nach vorwärts getan. Dr. Rintelen hat sich mit diesem Lehrplan gut eingeführt und vieles gut gemacht, was seinem Vorgänger Dr. Schneider infolge mangelnder Radaustelle vorbehalten war. Ein Ideal ist allerdings auch der neue Lehrplan noch nicht; nicht in ihm, sondern in unserem Reichsvolksschulgesetz liegt das große Uebel, an dem das österreichische Schulwesen krankt, das allein schon dadurch gekennzeichnet ist, daß seine gesetzlichen Grundlagen ein echtes Erzeugnis der liberalen Ära sind, mit all der Oberflächlichkeit und all den Widersprüchen jener Richtung. Gegen den Protest der Bischöfe und der katholischen Volksovertreter wurde 1869 das Reichsvolksschulgesetz beschlossen, das das Prinzip der Simultanschule einführt, in der alle Konfessionen ohne Trennung erzogen werden, ohne die religiös-sittlichen Gefühle des einen oder anderen zu verletzen, und dabei doch sittlich-religiös zu erziehen. Diese inneren Widersprüche führten schließlich dazu, daß praktisch die Religion nahezu aus der Schulerziehung ausgeschlossen wurde, bzw. sich fast nur auf den Religionsunterricht beschränkte. Der Einfluß der Religion war jedenfalls auf ein Minimum herabgemindert, und um dieses Mindestmaß ging der Kampf, beschämend genug für ein katholisches Land wie Oesterreich. Das Reichsvolksschulgesetz heute einfach radikal zu ändern, ist ein Ding der Unmöglichkeit, da hätte man alle dagegen, die nicht christlich-sozial sind, diese letzteren allein aber sind zu schwach, eine derartige Pönalisierung

## Das Stahlkartell gescheitert?

Brüssel, 16. August.

„Dernier Heure“ meldet, sie habe die bestimmte Mitteilung erhalten, daß die Verhandlungen der Metallindustriellen gescheitert seien. Zwischen den deutschen, französischen und luxemburgischen Vertretern habe volle Uebereinstimmung bestanden, doch seien die Belgier mit den Vorschlägen nicht zufrieden gewesen. Letztere hätten für jeden der belgischen Metallindustriellen ein beträchtlich höheres Produktionsquantum beansprucht, als in Paris für die gesamte belgische Produktion festgesetzt worden sei. Das Blatt sagt weiter, daß nur geringe Wahrscheinlichkeit für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in Deutschland bestehe.

Diese Meldung klingt recht unmöglich. Noch allen anderen bisher vorliegenden Nachrichten seien das Abkommen als von keiner Seite gefährdet. Aber selbst wenn tatsächlich neue Ansprüche der Belgier aufgetreten sein sollten, dürften die Abmachungen zwischen den deutschen, französischen und luxemburgischen Interessenten davon auf die Dauer nicht unwirksam gemacht werden.

## Die Delegiertenkonferenz der englischen Bergarbeiter

London, 16. August. Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter ist heute in der Kingsway-Hall in London zusammengetreten. 200 Delegierte aus den verschiedenen Grubenbezirken nehmen an der Konferenz teil. Man nimmt an, daß die Delegiertenversammlung der Erzkohle Vollmacht erteilen wird, auf der Basis eines Sechsstundentages in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten.

parlamentarisch durchzuführen. Der neue Schullehrplan stellt daher wohl dar, was zu erreichen überhaupt möglich war.

## Ein bemerkenswerter Brief

Was der frühere deutsche Kronprinz über die Friedensmöglichkeiten im Weltkrieg mitteilt.

In der Nummer 161 veröffentlicht das Organ des Jungdeutschen Ordens „Der Jungdeutsche“ einen Brief, den der ehemalige deutsche Kronprinz am 6. August 1919 an den Industriellen Arnold Reicherz schrieb. In dem Briefe heißt es:

„Wäre es unseren Staatsmännern gelungen, den Krieg zu vermeiden, dann wäre Deutschlands Entwicklung eine stehende gute geblieben. Unsere innere Verwaltung war damals eine geordnete, unsere Landwirtschaft und unsere Industrie waren im Aufblühen, unsere soziale Gesetzgebung hatte den Grund zu einer großartigen Gestaltung der Arbeiterfrage gelegt.“

Das Deutsche Reich würde sicher der modernen Entwicklung dauernd gefolgt sein, und das alles war durch das Ansehen des Reiches gesichert. Sie erinnern sich sicher noch an unsere Gespräche nach der Schlacht an der Marne, die nur durch die Kopflosigkeit und durch das Verlangen der damaligen Obersten Heeresleitung zu einem so frühen Mißerfolg wurde. Der Schlieffensche Plan zerbrach endgültig an der Marne, durchbrochen war er schon im Aufmarsch. Es war somit bereits im Herbst 1914 klar, daß der Krieg kein militärisch nicht mehr zum erfolgreichen Ende geführt werden konnte. Meine Ansicht, daß darum ein baldiger Friede anzustreben sei, habe ich oft genug zum Ausdruck gebracht. Wäre mein damaliger Wunsch, einen Frieden mit Frankreich zu schließen, verwirklicht worden, — und wie Sie wissen, war ich dafür, einem solchen Frieden zuliebe Opfer zu bringen —, dann wäre das nicht nur für Deutschland, sondern, wenn man die ungeheuren Menschenverluste und die durch den Krieg verursachte Zerstörung des Landes in Rechnung stellt, auch für das französische Volk vielleicht glücklicher gewesen, als das schließliche Resultat des Krieges.“

Je länger aber der Krieg dauerte, um so mehr mußte ich erkennen, daß die einfachste Voraussetzung für eine glückliche Beendigung des Kampfes, nämlich eine zeitweilige politische Leitung, welche gegenüber der Energie unserer Gegner ganze Entschlüsse gefaßt hätte, überhaupt fehlte.

Sie können sich schwer einen Begriff davon machen, was ich in den letzten Jahren des Krieges unter der Erkenntnis dieser Verhältnisse gelitten habe. Auch zu dem Entschluß, den Frieden mit England auf dem Wege eines Ausgleichs der wirtschaftlichen Gegensätze zu suchen, fehlte der einseitige politische Wille. So kam, was kommen mußte. Ich habe auch einen vergeblichen Kampf gegen die meines Erachtens unrichtige Behandlung unserer öffentlichen Meinung gekämpft, denn ich sah, daß wir schon lange in einem Verzweiflungskampf standen. Man konnte sich also meines Erachtens nicht über den gänzlichen Zusammenbruch der Heimat wundern.“

Auch ich hätte schon gerne einmal etwas über diese Dinge, die ich weiß, veröffentlicht. Ich möchte aber nicht den Anschein erwecken, als gehörte ich zu denen, welche, wie es jetzt in Deutschland so oft geschieht, die Schuld am verlorenen Kriege auf irgendwen schieben wollen. So werde ich zunächst noch damit warten, leicht ist es manchmal nicht, wenn mir vorgezogen wird, ich habe zur Verlagerung des Krieges beigetragen, was zu widerlegen mir auf Grund authentischen Materials leicht wäre.“